

Der „Arabische Frühling“ als Herausforderung für die Politikwissenschaft

Martin Beck

The Arab Spring as a Challenge for Political Science

Abstract: Political Science has failed to predict the Arab Spring. The present article aims at using this insight in a productive way by identifying and critically discussing crucial research questions, particularly: Is the Arab Spring of epochal significance, what role do civil society and Islamism play, in what way is the Arab Spring connected with globalization, how to describe and explain the new political diversification of the Arab Middle East and what are the conditions for future political development of the region? The present article heavily relies on the transition paradigm and the rentier state approach: In parts of the Middle East, the Arab Spring has caused open-ended political change, which has been shaped to a high degree by rent income and institutional settings.

Keywords: Arab spring, political science, transition, rentier state, institutionalism

Schlagwörter: Arabischer Frühling, Politikwissenschaft, Transition, Rentierstaat, Institutionalismus

1. Einleitung

Die politikwissenschaftliche Begleitung des „Arabischen Frühlings“, das heißt seine kritische Beschreibung und Erklärung, gehört zu den größten aktuellen Herausforderungen der Disziplin. Der vorliegende Beitrag strebt an, die aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zentralen Forschungsdesiderate zu identifizieren und zu diskutieren.

Ausgangspunkt ist dabei die Diagnose, dass die sozialwissenschaftliche Nahostforschung nicht für sich in Anspruch nehmen kann, den Arabischen Frühling vorhergesagt zu haben. Allerdings geht es im vorliegenden Beitrag weder um kollektive (Selbst-)Anklage noch Apologie. Vielmehr gilt es herauszuarbeiten, von welchen Aspekten des Arabischen Frühlings genau die Forschungsgemeinde überrascht wurde, um solcherart die Voraussetzungen dafür zu schaffen, theoretische und empirische Desiderate zu identifizieren, die zu bearbeiten im Hinblick auf eine befriedigende sozialwissenschaftliche Analyse des Arabischen Frühlings geraten erscheinen.

Im nun folgenden Abschnitt sollen die wichtigsten jener überraschenden Momente des Arabischen Frühlings beleuchtet werden. Die sich daraus ergebenden

Forschungsfragen werden im darauffolgenden Kernstück des vorliegenden Aufsatzes eingehender diskutiert: Inwieweit ist der Arabische Frühling von epochaler Bedeutung? Welche Rolle kommt der Zivilgesellschaft und dem Islamismus zu? In welchem Verhältnis stehen Arabischer Frühling und die Globalisierung? Wie ist die neue politische Diversifizierung im arabischen Nahen Osten zu fassen und wie zu erklären? Wie sehen schließlich die Bedingungen möglicher zukünftiger Entwicklungen aus? Der Aufsatz endet mit einem kurzen Resümee.

2. Der Arabische Frühling im Lichte sozialwissenschaftlicher Forschungsfragen

Einzelne prominente Vertreter der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Nahen Osten, so Gregory Gause III (2011), haben sich den Fragen, ob und welche Lehren daraus gezogen werden sollten, dass die Forschung den Arabischen Frühling nicht prognostizierte, bereits frühzeitig in produktiver Weise gestellt. Die sich abzeichnende Debatte läuft allerdings Gefahr, in einen defensiv-aggressiven Verteidigungsreflex zu verfallen, denn es trifft ja durchaus zu, dass auch andere (im Vergleich zur Politikwissenschaft mit sehr viel höheren Ressourcen ausgestattete) Wissenschaften (wie die Wirtschaftswissenschaften) ebenfalls eher bescheidene Prognoseleistungen erbringen (beispielsweise im Falle der jüngsten Finanzkrisen). Weiterhin besteht die vornehmste Aufgabe der (Sozial-)Wissenschaften in der Tat darin, das Verhalten ihrer Gegenstände zu beschreiben und zu erklären (Beck u. Hüser 2012, S. 5). Insofern konstituiert der „arabische Exzeptionalismus“ – der Nahe Osten ist die einzige große Weltregion, die von keiner der Wellen der Demokratisierung des 20. Jahrhunderts erfasst wurde – ein Forschungsdesiderat, das sich auch mit dem Arabischen Frühling nicht erledigt hat: Eine jahrzehntelang anhaltende Sonderentwicklung erfordert auch nach deren mutmaßlichem Ende eine umfassende, vollständig befriedigende Erklärung. Unmittelbar vor dem Arabischen Frühling war die zyklisch wiederkehrende Forderung einer empirisch orientierten Nahostforschung vernehmlich, die der am Demokratieparadigma verhafteten Wissenschaft zum Nahen Osten vorwarf, „demo-crazy“ (Valbjørn u. Bank 2010, S. 194) zu agieren, und die Besinnung auf bzw. Entwicklung von Konzepten forderte, mit Hilfe derer die nicht-demokratischen Realitäten im Nahen Osten zu analysieren wären. Auch dieser Forschungsstrang ist durch den Arabischen Frühling keinesfalls obsolet, denn zum einen muss sich Nahostforschung auch weiterhin mit der Zeit vor dem Arabischen Frühling beschäftigen, und zum anderen hat dieser zwar in einigen, aber durchaus nicht allen arabischen Ländern einen Regimewandel oder gar Regimewechsel – kurz: politischen Wandel – eingeleitet. Demnach tut die Nahostforschung angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren gut daran, sich selbstkritisch mit Konzepten politischen Wandels zu beschäftigen – sie hat aber durchaus keinen Grund, dies in Sack und Asche gehüllt zu tun.

Gauses (2011, S. 81-82) Ansatzpunkt zur Untersuchung der Frage nach dem Versäumnis der Nahostforschung, den Arabischen Frühling zu prognostizieren, ist, weshalb die Politikwissenschaft die Stabilität der Regime vor dem Arabischen Frühling überschätzt habe, und welche Konsequenzen für die Politikberatung zu ziehen seien. Der vorliegende Aufsatz verschiebt den Schwerpunkt darauf zu iden-

tifizieren, was genau – welche politikwissenschaftlich relevanten Aspekte des Arabischen Frühlings – nicht vorhergesagt wurden und was dies für die Politikwissenschaft bedeutet. Anstoß für diese Perspektivsetzung ist die Überlegung, dass sich die scheinbar umfassende Antwort, der Arabische Frühling sei als solcher nicht prognostiziert worden, bei näherer Betrachtung als zu pauschal erweist und die Nahostforschung dazu einlädt, in (den eigenen) wissenschaftlichen Publikationen Hinweise auf Probleme des Nahen Ostens zu finden, die sich dann mehr oder minder diffus als Unkenrufe des Arabischen Frühlings interpretieren lassen. Dass in der Tat ein großer Teil der gegenwartsbezogenen Nahostforschung für sich in Anspruch nehmen kann, die politische, soziale und ökonomische Entwicklung des Nahen Ostens in der dem Arabischen Frühling vorangehenden Zeit als krisenhaft gezeichnet zu haben, sollte allerdings nicht damit verwechselt werden, dass die Krisenfolgen in Form des Arabischen Frühlings antizipiert worden wären: Viele der Schatten, die das große Ereignis des Arabischen Frühlings vorauswarf, hat die Nahostforschung durchaus gesehen, aber nicht als solche erkannt.

Als erstes im vorliegenden Aufsatz zu diskutierendes Problem stellt sich die Frage, worin die spezifische Relevanz des Arabischen Frühlings – seine historische Bedeutung – genau liegt (Abschnitt 3.1). Vor dem Hintergrund einer seit geraumer Zeit anhaltenden Krise des Nahen Ostens überrascht die Tatsache, dass es zu einer politischen Erschütterung kam, an sich weniger als der Umstand, durch wen diese herbeigeführt wurde: Obwohl islamistische Gruppen seit Jahrzehnten fast flächendeckend in der arabischen Welt über die höchsten Organisationskapazitäten der Opposition verfügten, waren es zu Beginn des Arabischen Frühlings vor allem (nach konventionellen Maßstäben: nicht organisierte) säkulare zivilgesellschaftliche Kräfte, die politischen Wandel forderten und in einigen Ländern auch durchsetzten, indem sie den seit Jahrzehnten bestehenden arabischen Sozialpakt – Verzicht auf Partizipation im Austausch für materielle Leistungen des Staates – kündigten (Abschnitt 3.2). Sie taten dies mit Ideen und Mitteln, die – anders als in der letzten endogenen politischen Umwälzung in der Region, der Iranischen Revolution – kaum regionalspezifische Merkmale aufwiesen, vielmehr die Handschrift der Globalisierung trugen, gegenüber der sich der Nahe Osten lange Zeit als vergleichsweise resistent erwiesen hatte: In von unten mit modernsten medialen Mitteln organisierten Massendemonstrationen verlangten Menschen unterschiedlicher Herkunft einen Politikwandel, der sich auf Ideale berief, die sich weitgehend mit jenen „Guter Regierungsführung“ deckten (Abschnitt 3.3). Weiterhin wurde zwar bei weitem nicht in allen Ländern des Nahen Ostens ein grundlegender Politikwandel eingeleitet, die Nahostforschung wurde aber auch insofern überrascht, als sich der Arabische Frühling von Tunesien – einem Land, das aufgrund seiner relativ kleinen Bevölkerung und eher randständigen Lage im Nordwesten Afrikas als peripher hätte abgetan werden können – auf die gesamte arabische Welt ausbreitete und Regime fundamental herausforderte, bei denen große Teile der jüngeren Nahostforschung sehr viel stärker die Unterschiede zwischen ihnen als ihre Gemeinsamkeiten hervorgehoben hatten (Abschnitt 3.4). Hiermit hängt die Frage eng zusammen, weshalb einige Regime fielen, während andere sich halten konnten. Hatte die politikwissenschaftliche Nahostforschung unmittelbar vor dem Arabischen Frühling die autoritäre Virtuosität aller arabi-

schen Regime hervorgehoben, steht sie nun vor der Herausforderung zu klären, warum sich nur manche erfolgreich gegen die systemische Bedrohung „von unten“ zur Wehr zu setzen vermochten (Abschnitt 3.5). Angesichts der durch den Arabischen Frühling hervorgerufenen politischen Heterogenisierung der arabischen Welt stellt sich weiterhin die Frage nach der Einordnung der neu entstehenden Regime. Wegen des un abgeschlossenen Prozesscharakters des Arabischen Frühlings sind wir weit davon entfernt, abschließende Urteile über seine Resultate fällen zu können. Ebenso aber wie als gesichert anzusehen ist, dass es sich bei einigen Regimen des Nahen Ostens zweieinhalb Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings nach wie vor um konsolidierte autoritäre Systeme handelt, so ist auch klar, dass sich andere in einem Prozess politischen Wandels befinden. Ob es sich hierbei um Transitionen im Sinne einer Demokratisierung mit dem Endpunkt einer konsolidierten Demokratie handelt, muss als offene Frage angesehen werden. Die Messlatte sollte allerdings genau diese sein, denn nicht nur ist Demokratisierung im Zeitalter der Globalisierung der von außen gesetzte Maßstab, vielmehr haben ihn sich auch zentrale Akteure des Arabischen Frühlings selbst auf die Fahnen geschrieben (Abschnitt 3.6).

3. Zentrale Aspekte des Arabischen Frühlings

3.1 Der Arabische Frühling als epochales Ereignis?

Es ist das Verdienst Lisa Andersons (2011), sehr frühzeitig zu einer „Demystifizierung“ des Arabischen Frühlings aufgerufen zu haben, und solcherart jene, die behaupten, die Demonstrationen in Tunesien und Ägypten in 2010/11 bildeten eine historische Zäsur, dazu zu zwingen, ihre Argumentation zu schärfen. Unter Verweis auf die durch US-Präsident Woodrow Wilsons Vierzehn-Punkte-Programm inspirierten Demonstrationen in der arabischen Welt argumentiert Anderson (2011, S. 2-3) zum einen, dass der Arabische Frühling nicht wirklich ein neuartiges Phänomen darstelle, sondern sich in eine Kette von Aktionen zivilen Ungehorsams arabischer Nationalist_innen seit dem Ersten Weltkrieg einreihe. Zum anderen betont sie die Unterschiede zwischen den Erhebungen in Tunesien, Ägypten und Libyen, die keine „kohäsive arabische Revolte“ darstellten. Anderson gibt der Nahostforschung sicherlich wichtige Hausaufgaben auf, denn in der Tat wiesen, wie im nächsten Abschnitt noch eingehender zu diskutieren sein wird, die Abläufe der Erhebungen in den arabischen Ländern teilweise erhebliche Unterschiede auf. Gleichwohl sei gegenüber Anderson erstens betont, dass die drei von ihr untersuchten Fälle dadurch geeint sind, dass sich zivilgesellschaftliche Bewegungen dezidiert gegen autoritäre Regime stellten und einen Regimewandel unter Berufung auf universelle Rechte und Prinzipien guter Regierungsführung forderten – und sich so deutlich von früheren Demonstrationen abhoben, bei denen entweder kein politisches Programm erkennbar war (wie bei den sogenannten „Brotunruhen“) oder aber ein gegenüber autoritärem Regieren weitgehend indifferenter Pan-Arabisismus oder Pan-Islamismus ideologisch Pate stand. Zweitens haben sich die zivilgesellschaftlich basierten Demonstrationen des Arabischen Frühlings als sehr viel wirkmächtiger erwiesen als jemals zuvor in der arabischen Welt: In zentralen ara-

bischen Ländern brachte die Zivilgesellschaft konsolidierte autoritäre Regime, die sich teilweise bis zum Schluss westlicher Unterstützung erfreuten, zu Fall.

Im Bestreben, das Epochale des Arabischen Frühlings herauszustreichen, ist von Jack Goldstone (2011, S. 8) auch der Revolutionsbegriff angewandt worden. Wenn aber Revolutionen als tiefgreifende Umwälzungen der politischen und sozio-ökonomischen Fundamente eines Systems definiert werden (Skocpol 1979, S. 4-5), ist es viel zu früh, um zu beurteilen, ob es sich beim Arabischen Frühling um Revolutionen handelt, denn ein solcher Prozess kann Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Im politischen Bereich ist es in einigen Ländern zu Regimewandel oder Regimewechsel gekommen, so in Ägypten, wo Akteure des alten Regimes noch eine wichtige Rolle spielen, bzw. in Libyen, wo das alte Regime gestürzt wurde. Ob der 2010/11 eingeleitete politische Wandel zu einer Transition von autoritären zu demokratischen Systemen führt – was einer politischen Revolution gleichkäme –, ist als offene Frage anzusehen, wenn aber, dann auch in diesem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit als Resultat eines langwierigen Prozesses.

Der Begriff der Transition wird häufig mit dem Attribut der Demokratisierung belegt, was der empirischen Vielfalt politischer Wandlungsprozesse nach dem Sturz autoritärer Systemen in anderen Weltregionen – und potenziell auch in der arabischen Welt – allerdings nicht gerecht wird (Carothers 2002). Die durch den Arabischen Frühling eingeleiteten Wandlungsprozesse können auch in die Herausbildung von Hybridregimen oder neuer Formen autoritären Regierens münden – eine Einsicht, der sich auch die aktuelle Transitionsforschung nicht entzieht (Stepan u. Linz 2013). Eingedenk dessen lässt sich das Transitionsparadigma gewinnbringend auf den Arabischen Frühling anwenden.¹

Letztlich beruht die These vom epochalen Charakter des Arabischen Frühlings auf einer Prognose: Politik in den von ihm stark betroffenen Ländern – Ägypten, Jemen, Libyen und Tunesien (sowie Bahrain und Syrien) – wird auf absehbare Zeit nicht wieder so sein wie vor 2010, und dies mit Ausstrahlkraft auf die gesamte Region. Das bedeutet insbesondere, dass der im Arabischen Frühling gekündigte Sozialpakt nicht restauriert wird, die Gesellschaft also nicht im Austausch für materielle Leistungen durch den Staat auf verbürgte politische Partizipation und den gesicherten Zugang zu Menschenrechten verzichtet. Dies schließt freilich *nicht* aus, dass es zu Re-Autoritarisierung von Macht kommt, wie dies (zumindest kurzfristig) in Ägypten als Folge des Militärcoups im Juli 2013 der Fall war. Grenzfälle bilden Bahrain und Syrien: Im Golfstaat könnte sich die Wirkmacht des Arabischen Frühlings als weniger tiefgreifend herausstellen, weil dem Regime dessen Eindämmung zu rasch gelang, während aufgrund des langen syrischen Bürgerkrieges und der damit verbundenen Militarisierung der Gesellschaft auf Jahre hinaus eine friedliche Transition Syriens blockiert sein könnte.

1 Von Olivier Roy (2012) ist der Begriff der Transformation für die Analyse des Arabischen Frühlings verwendet worden, wobei er allerdings das am traditionellen Transitionsbegriff kritisierte Moment der Finalität übernimmt und somit nicht wirklich eine begrifflich überzeugende Alternative aufzeigt. Im vorliegenden Aufsatz werden Transition und Transformation austauschbar verwendet.

3.2 Arabische Zivilgesellschaft, demokratische Wahlen und Islamismus

3.2.1 Kündigung des Sozialpakts durch die arabische Zivilgesellschaft

Die Verlaufsformen des Arabischen Frühlings variieren nach verschiedenen Ländern. So begannen die Erhebungen in Tunesien in der Provinz, während sie in Ägypten von vornherein auf die großen Städte konzentriert waren (Anderson 2011, S. 2). Anderson weist auch auf die größere Bedeutung hin, die der Arbeiterbewegung in Tunesien zugekommen sei. Allerdings spielten auch in Ägypten Gewerkschaften eine Rolle (Beinin 2013), und bezieht man Syrien in den Vergleich mit ein, so erscheinen sowohl die ägyptischen als auch die tunesischen Bewegungen auf die urbanen Zentren fokussiert (Rafizadeh 2011). Hier tun sich viele Forschungsdesiderate für vergleichende Studien auf.

Als wichtigste Gemeinsamkeit jener Länder, in denen der Arabische Frühling zu politischem Wandel führte, erscheint, dass dem Sturz des Herrschers seitens wichtiger sozialer Gruppen zeitnah eine Aufkündigung des nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten arabischen Sozialkontrakts vorausging: Im Austausch für einen Verzicht auf Partizipationsrechte hatte der Staat eine – bei den reicheren Erdölstaaten „großzügigere“, bei den Energieimporteuren „bescheidenere“ – Versorgung der Bevölkerung mit materiellen Leistungen über Jahrzehnte aufrechterhalten. Für untere und mittlere Schichten handelte es sich hierbei um Subventionen für Grundmittel des täglichen Bedarfs sowie um Jobs im öffentlichen Sektor und für obere Schichten um Privilegien wie Lizenzen und Monopole.

Aus den Sozialpakten hatten die Regime bis zum Arabischen Frühling einen Gutteil ihrer Macht gezogen, denn sie konstituierten einen vom Staat beherrschten Konnex zwischen politischen und sozio-ökonomischen Systemen. Im Arabischen Frühling aber machte genau dieser Konnex eine Schwäche des Staates aus, der für die sozialen Folgen ökonomischer Krisen direkt verantwortlich gemacht wurde (Desai et al. 2011). Worin aber bestand die ökonomische Grundlage der Sozialverträge, und wie kam es – in einigen arabischen Ländern – zu ihrer Aufkündigung?

Die finanzielle Grundlage der arabischen Sozialverträge bestand bzw. besteht im hohen Bezug von Renten. Renten sind Einkommen, denen keine Investitionen oder Arbeitsleistungen entsprechen und die deshalb den Empfängern zur freien Verfügung stehen. Der Nahe Osten ist jene Weltregion, die mit Abstand die höchsten Renten pro Kopf bezieht, und zwar insbesondere durch Ölexporte, deren Erlöse weit oberhalb der Produktionskosten liegen, und externe Hilfszahlungen, die politische Renten generieren. Da die Empfänger strukturell zu keiner produktiven Verwendung gezwungen sind, entstehen Rentierstaaten, die sich dadurch auszeichnen, dass ihre Herrschaftseliten die Renten primär für die Finanzierung von Repressionsapparaten sowie zur Legitimationsbeschaffung qua Verteilungspolitik verwenden.

Ein beredtes Beispiel für die Aufkündigung des Sozialvertrages im Arabischen Frühling bietet der Fall Ägyptens, wo an den Demonstrationen Anfang 2011 gut, häufig akademisch ausgebildete junge Menschen überrepräsentiert waren. Dem ägyptischen Sozialpakt gemäß hatten diese einen „Anspruch“ auf einen – wenn

auch häufig schlecht bezahlten – Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor, den einzulösen den Staat aber zunehmend vor Schwierigkeiten stellte, und zwar wegen struktureller Probleme sowohl auf der Nachfrage- als auch der Angebotsseite. Die Nachfrage hatte wegen der rasanten Urbanisierung und des damit verbundenen Ausbaus eines (wenn auch überforderten) höheren Bildungssystems sowie einer hohen Geburtenrate zugenommen. Die Angebotsseite konnte damit nicht mithalten, da der öffentliche Sektor in der arabischen Welt notorisch unproduktiv war. Weiterhin waren vor dem Hintergrund des „Washington Consensus“ die verschuldeten arabischen Staaten unter Ägide der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einer ökonomischen Liberalisierung angehalten worden, die einer weiteren Aufblähung des öffentlichen Sektors Grenzen setzte, ohne dass die gleichzeitige Förderung des Privatsektors in ausreichendem Maß neue Jobs schuf (Beck u. Hüser 2012, S. 6-8). Kurz zusammengefasst wurde dem ägyptischen Regime also der „Youth Bulge“ zum Verhängnis. Diese Interpretation ergibt aber nur vor dem Hintergrund des rentenbasierten, primär auf Verteilung abhebenden Systems der Legitimationsbeschaffung durch die herrschende Elite Sinn, während in einem funktionierenden marktwirtschaftlichen System der Zuwachs an gut ausgebildeten jugendlichen Arbeitskräften keine erdrückende Bürde dargestellt, sondern die Chance auf eine Dynamisierung der Ökonomie geboten hätte.

Bis zum Arabischen Frühling wurde in der Wissenschaft gefragt, ob die von den arabischen Regimen lancierte Verwässerung der von Weltbank und IWF verordneten Politiken einer ökonomischen Strukturanpassung dazu beitrug, dass die politischen Eliten – trotz ungelöster ökonomischer Strukturprobleme – Legitimitätsgewinne einfuhren: bei den Spitzen des Privatsektors und des öffentlichen Sektors durch eine „Liberalisierungspolitik“, die zwar qua staatlicher Vergabe von Monopolen zum Teil extreme Bereicherungsmöglichkeiten eröffnete, aber die Abhängigkeit der Begünstigten von der politischen Elite beibehielt; zugunsten der mittleren Schichten wurde eine Beschneidung des aufgeblähten öffentlichen Sektors zumindest deutlich abgeschwächt, teilweise blockiert, und bei breiteren Bevölkerungsschichten kamen wenigstens noch einige Subventionen an, die eine noch weitere Verschärfung sozioökonomischer Ungleichheit verhinderten. Aus einer vom Arabischen Frühling geprägten Sicht drängt sich die Perspektive auf, dass etliche der (verwässerten) Strukturanpassungspolitiken den politischen Führungen zwar Legitimitätsgewinne bei oberen Schichten und Teilen des öffentlichen Sektors einbrachten, insbesondere aus Sicht der jüngeren Generation aber zu einer Delegitimierung der Regime führten. Als in der politikwissenschaftlichen Forschung zum Nahen Osten das Erkenntnisinteresse im Vordergrund stand, das trotz vielfältiger Krisenphänomene hohe Beharrungsvermögen autoritärer Regime zu erklären, erschien es einleuchtend, die in vielen Ländern im Rahmen der Liberalisierungspolitiken erzeugten Systeme des „Crony Business“ als Ausdruck eines „Authoritarian Upgrading“ (Heydemann 2007, S. 14) zu deuten. Angesichts durch Massendemonstrationen aufgekündigter Sozialpakete ist seit dem Arabischen Frühling hingegen gleichsam offensichtlich Korruption im Stile einer Vetterwirtschaft als eine der Ursachen für von unten erzwungenen politischen Wandel zu fassen. Am Beispiel der gezielten Förderung von Korruption durch die

arabischen Staaten vor dem Arabischen Frühling wird deutlich, dass Maßnahmen autoritärer Regime zur Steigerung der Legitimität auch nicht-intendierte Wirkungen der Destabilisierung entfalten können. Korruption ist ein gesamtgesellschaftlich betrachtet suboptimales Verfahren der Verteilung von Ressourcen, erhöht aber in *spezifischer* Weise die Legitimität bei – häufig strategischen – Gruppen, während jene, die die Kosten aufbringen müssen, oft eine große, diffuse Gruppe bilden, der es nicht leichtfällt, sich gegen den systemischen Charakter von Korruption in den arabischen Systemen zur Wehr zu setzen. Wenn es, wie im Arabischen Frühling geschehen, dieser Gruppe aber gelingt, die hohen Hürden der Organisation ihres Interesses zu überwinden, dann verwandelt sich ihre Schwäche in Stärke: ihre Masse.

3.2.2 Demokratische Wahlen und Islamismus

Bei den ersten freien Wahlen in den beiden Transformationsländern Tunesien und Ägypten setzten sich islamistische Parteien und Kandidaten durch (nicht so allerdings in Libyen, wo sie sich der „unideologischen“ Allianz der Nationalen Front und Repräsentanten tribaler Einheiten geschlagen geben mussten [Lacher 2013, S. 11]). Diese Ergebnisse wurden mitunter mit Überraschung zur Kenntnis genommen. Eine wohletablierte Erkenntnis der Forschung zu politischen Umwälzungen besteht aber darin, dass sich (nach Ablösung bzw. Zurückdrängung der Kräfte des *ancien régime*) nicht die Initiatoren des Wandels, sondern jene durchsetzen, die über die höchsten Organisationskapazitäten verfügen (Skocpol 1979, S. 17) – und das waren bei den Wahlen in Ägypten und Tunesien islamistische Gruppen (während diese in Libyen von Muammar al-Gaddafi durch extreme Repression marginalisiert worden waren).

In beiden Ländern wurde nach den einschneidenden Wahlen ein Konflikt ausgetragen, der Aspekte eines Macht-, aber auch Kulturkampfes aufwies, der auf einer – bereits 2005 von Mark Tessler und Eleanor Gao (2005, S. 90) auf der Basis von Umfragedaten festgestellten – Spaltung der arabischen Gesellschaften in zwei etwa gleich große Segmente basiert, die eine starke Rolle der Religion in der Gesellschaft befürworten bzw. ablehnen, und zwar auch unter Demokrat_innen. In Ägypten hatten sich vier Machtzentren etabliert, zwei staatliche – die Generalität und die oberste Richterschaft (wobei letztere in sich gespalten war) – und zwei der ehemaligen Opposition: islamistische Gruppierungen und die zivilgesellschaftliche Opposition bzw. deren parteipolitische Vertretungen, die sich zunehmend als säkular, präziser anti-islamistisch gerierten. Zwar hatten die Islamisten mit dem Präsidentenamt neben dem Parlament die einzig eindeutig demokratisch legitimierte Institution inne, diese war aber faktisch schwach. Mohammed Mursis Strategie, diese Schwäche zu überwinden, bestand im Wesentlichen im Versuch, sich staatliche Institutionen unterzuordnen. Teilweise erzielte er aus machtpolitischer Sicht kurzfristige Erfolge, so, als er, getrieben vom Widerstand der zivilgesellschaftlichen Opposition sowie des Justizsektors, im Dezember 2012 eilig ein Referendum über eine neue Verfassung durchsetzte und gewann oder auch im August 2012, als Mursi Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi in den Ruhestand versetzte. Immer wieder musste er aber auch Niederlagen hinnehmen, so bei

der Verurteilung von 43 Mitarbeiter_innen vorwiegend amerikanischer Nicht-Regierungsorganisationen durch ein ägyptisches Gericht im Juni 2013, die die Beziehungen zu den USA (sowie zu Deutschland, denn betroffen war auch die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo) belastete (Sharp 2013). Über die institutionellen Machtkämpfe vernachlässigte Mursi inhaltliche Politik bzw. verfügte nicht über die Instrumente, diese durchzusetzen. Bester Indikator für letzteres ist, dass unmittelbar nach dem Putsch im Juli 2013 etliche Versorgungsengpässe sofort überwunden waren und die Polizei wieder für Sicherheit sorgte (Hubbard u. Kirckpatrick 2013).

Auch in Tunesien sind seit der Abdankung Zine El-Abidine Ben Alis Aspekte eines Kulturkampfes zwischen Liberalen und Islamisten zu Tage getreten. Entzündet haben sie sich im Rahmen der Verfassungsdebatte vor allem an der Rolle der Religion in Politik und Öffentlichkeit sowie der Frage der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern (Sadek 2013). Im Unterschied zu Ägypten, wo es durch den Putsch vom Juli 2013 zu einer Re-Autoritarisierung der Herrschaft gekommen ist, ist der Transitionsprozess in Tunesien (bisher) indes nicht unterbrochen worden. Eine Erklärung hierfür besteht darin, dass in Tunesien keines der Lager über die Machtmittel verfügt, den Gegner zu entmachten, da das tunesische Militär im Gegensatz zum ägyptischen unpolitisch ist. Damit in Einklang zu bringen sind Alfred Stepan und Juan Linz' (2013) Forschungsergebnisse, die eine trotz aller ideologischer Differenzen bereits vor dem Sturz Ben Alis grundlegende Bereitschaft zur Kooperation zwischen den Lagern belegen.

3.3 Arabischer Frühling und Globalisierung

Etliche Aspekte und Ausdrucksformen des Arabischen Frühlings tragen die Insinnien der Globalisierung. Anders als bei früheren politischen Großereignissen in der arabischen Welt waren die politischen Slogans nicht mehr primär auf den Islam bezogen, sondern fokussierten auf global existierende Probleme, denen aber, wie beispielsweise Korruption, im Nahen Osten eine systemische Bedeutung für die Herrschaftssicherung zukommt. Besonders augenfällig ist auch der Gebrauch neuer sozialer Medien, der mit der Ende des 20. Jahrhunderts im globalen Maßstab noch deutlich unterentwickelten Teilhabe der arabischen Welt am World Wide Web kontrastiert. Diese (erweiterbare) Liste über Globalisierungsaspekte des Arabischen Frühlings kann als wissenschaftsstrategisches Argument gegen Forschung im Geiste des „Orientalismus“ verwendet werden. Die aus politikwissenschaftlicher Sicht eigentlich interessante empirische Frage ist freilich, ob sich über die unspezifische Feststellung hinaus, dass das Moment der Ausbreitung der Globalisierung inhärent ist, auch spezifischere kausale oder intentionale Faktoren bestimmen lassen, die einen Beitrag zur Erklärung des Arabischen Frühlings liefern. Hier lassen sich drei Dimensionen unterscheiden: eine organisatorisch-kommunikative, eine politische und eine ökonomische.

Die griffige, populäre These vom Arabischen Frühling als einer „Facebook-Revolution“ ist bereits einer Kritik unterzogen worden (Reardon 2012). In der Tat ging es im Arabischen Frühling nicht um soziales Networking, sondern um Einfluss auf politische Entscheidungen – Twitter, Facebook usw. waren kein

Selbstzweck, sondern Mittel in einem politischen Kampf. Allerdings bildeten sie wichtige Instrumente, die für manche Ausdrucksformen des Arabischen Frühlings schwerlich ersetzbar gewesen wären. Beispielsweise wurden sich die (potenziellen) Demonstrant_innen ihrer eigenen Anzahl und Stärke erst durch den Einsatz neuer sozialer Medien bewusst und nutzten deren spezifische Leistungen bei der Verbreitung von Informationen, um sich trotz der durch die von den autoritären Regimen gesetzten Widrigkeiten zu organisieren (Beck u. Hüser 2012, S. 7).

Globalisierung im politischen Sinne äußert sich in der zunehmenden Bedeutung der Ideale guter Regierungsführung, Achtung der Menschenrechte und Demokratisierung. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob jene Akteure im internationalen System, die sich die Ausbreitung dieser Werte auf die Fahnen geschrieben haben, durch ihre Außenpolitiken einen Beitrag zur Beförderung des Arabischen Frühlings geleistet haben. Zwar gibt es prominente Autoren, die einen solchen Zusammenhang nahelegen (Heydemann 2007), die meisten Forscher_innen sind aber eher skeptisch, was die realen Anstrengungen der USA und der EU hinsichtlich einer Demokratisierung der arabischen Welt angeht. Es mangelte in den 1990er-Jahren und auch im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zwar nicht an zum Teil großangelegten Initiativen (wie dem Barcelona-Prozess oder der Greater bzw. Broader Middle East Initiative), aber die realen westlichen Politiken im Nahen Osten zeichneten sich durch ein hohes Maß an Pragmatismus im Umgang mit den autoritären Systemen aus. Dies lässt sich damit erklären, dass der Westen gemäß dem Theorem vom Demokratischen Frieden zwar ein sicherheitspolitisch motiviertes Interesse daran hat, es in den Außenbeziehungen möglichst mit Demokratien zu tun zu haben, aber gerade nicht mit Systemen in Transitionsprozessen: Deren Außenpolitiken sind notorisch unberechenbar, weshalb der Westen sein langfristiges Interesse an der Verbreitung von Demokratien häufig – so auch im Jahrzehnt vor dem Arabischen Frühling – weitgehend kurzfristigen Stabilitätsinteressen opferte und die autoritären Systeme im Nahen Osten stützte. Die einzige signifikante Ausnahme – der von den USA implementierte Sturz Saddam Husseins mit dem erklärten Ziel der Errichtung einer Demokratie im Irak – hatte indes keinen auslösenden oder beschleunigenden Effekt auf den Arabischen Frühling: In den acht Jahren zwischen dem Sturz Saddams und dem Beginn des Arabischen Frühlings nahm der Irak keine Entwicklung, die für die Demonstrant_innen des Arabischen Frühlings Modellcharakter bilden konnte. Wenn es einen Zusammenhang gibt, dann erscheint sehr viel plausibler, dass der Irakkrieg auf den Arabischen Frühling eine verzögernde Wirkung ausübte: Aufgrund des in der arabischen Welt verbreiteten Anti-Amerikanismus hätten die Regime im Falle zeitnah zur „Operation Iraqi Freedom“ stattfindender Proteste gegen ihre Herrschaften gute Chancen gehabt, sich effektiv zu wehren, indem sie die Opposition dem Vorwurf ausgesetzt hätten, Erfüllungsgehilfe einer amerikanischen Agenda zu sein.

Stärker als im Politischen erscheint für den bereits oben diskutierten Bereich ökonomischer Liberalisierung ein direkter Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling plausibel. Allerdings bedarf es hier weiterer, eingehenderer Forschung, weil der Konnex zwischen der politischen Stabilität autoritärer Systeme und ökonomischen Liberalisierungsmaßnahmen sehr komplex ist. Da ökonomische Liberalisierung sowohl Gewinner als auch Verlierer erzeugt und Eigenwahrneh-

mungen der Zugehörigkeit zu den beiden Kategorien auch von subjektiven Faktoren abhängen, sind die Kausalketten zwischen ökonomischen Liberalisierungen und Arabischem Frühling besonders schwer zu fassen. Weiterhin erscheinen intentionale Zusammenhänge nicht plausibel: Die ökonomischen Liberalisierungspolitiken waren Teil von Strukturanpassungsmaßnahmen, durch die IWF und Weltbank eine Modernisierung und Stabilisierung der maroden arabischen Volkswirtschaften erreichen wollten, keinen politischen Regimewandel – im Gegenteil: Die in Washington ansässigen Zentralen von IWF und Weltbank sind dem Einfluss der USA ausgesetzt, die die internationalen Organisationen auch als ein Instrument zur Stabilisierung ihrer Verbündeten betrachten (Pfeifer 1999, S. 25; Mueller 2010, S. 99, 107-110).

3.4 Politische Diversifizierung

Zum einen hat der Arabische Frühling als ein regionalweites Massenphänomen politischen Handelns, das in mehr oder minder starker Form und mit sehr unterschiedlichem Erfolg politischer Wandel einklagte, auf die Ähnlichkeiten der arabischen Systeme verwiesen, vor denen – vor diesem Hintergrund – die Unterschiede, wie sie sich in der Wissenschaft in diversen Klassifizierungsversuchen niedergeschlagen haben, verblissen. Die arabischen Systeme vor dem Arabischen Frühling gehören (in Abgrenzung zu totalitären und demokratischen Systemen) dem Typus autoritärer Systeme an: Ungeachtet unterschiedlicher Funktionsweisen, der Rolle einzelner Institutionen und des Grades der Einschränkung der Menschenrechte kam es ausgehend von Tunesien zu Protesten in fast allen arabischen Ländern. Bezeichnend ist, dass der Libanon, der sich – abgesehen von den Auswirkungen von Regionalisierungstendenzen des syrischen Bürgerkrieges – durch einen sehr geringen Partizipationsgrad am Arabischen Frühling auszeichnet, über das höchste Maß an Pluralismus im arabischen Nahen Osten verfügt.

Da der Arabische Frühling – zum anderen – in einigen arabischen Ländern politische Wandlungsprozesse ausgelöst hat, ist er zugleich Ausgangspunkt für eine Analyse der neuen politischen Vielfalt der arabischen Welt. Diese kann – und sollte konsequenterweise im vorliegenden Aufsatz – ihren konzeptionellen Bezugspunkt in der klassischen Trias der vergleichenden Systemanalyse (Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus) nehmen. Wie bereits oben dargelegt, sind in einigen Ländern die autoritären Systemstrukturen aufgebrochen, es muss aber als prinzipiell offene Frage gelten, ob die dadurch angestoßenen Transitionsprozesse zu Demokratien, neuen Formen der autoritären Herrschaft oder Hybridsystemen führen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Zwei-Mal-Zwei-Matrix politischer Herrschaft im Nahen Osten entwerfen, die die Regime zum einen danach unterteilt, ob sie autoritär sind oder sich in einem Transitionsprozess befinden, und zum anderen danach differenziert, wie stabil bzw. konsolidiert die Herrschaftssysteme sind (Beck u. Hüser 2012, S. 10): Bei jenen Regimen, bei denen durch den Arabischen Frühling kein politischer Wandel engeläutet wurde, handelt es sich um autoritäre Regime (Beispiel: Saudi Arabien). Deren Gegenstück sind Transitionsysteme (Beispiel: Tunesien). Jeweils lässt sich noch danach differenzieren, ob das

autoritäre System konsolidiert oder destabilisiert ist (Beispiele: Saudi-Arabien versus Syrien) bzw. der eingeschlagene Transitionskurs in Richtung auf Re-Autoritarisierung oder Demokratisierung bzw. Hybridisierung hindeutet (Beispiele: Tunesien versus Ägypten). Der Sinn dieser Herrschaftsmatrix besteht nicht darin, möglichst allen arabischen Systeme in ihr einen klaren Platz zuzuweisen, vielmehr geht es darum, über ein Instrument zu verfügen, das wichtige Forschungsfragen erzeugt: Weshalb ist es zu dieser Diversifizierung gekommen, wie lassen sich insbesondere die neuen Kategorien genauer fassen, und welche sind die Bedingungen für eine Re-Autoritarisierung, Hybridisierung oder Demokratisierung der Herrschaften im arabischen Nahen Osten?

Wie im übernächsten Abschnitt zu verdeutlichen sein wird, sind die Voraussetzungen für eine Transition im Sinne der baldigen Etablierung konsolidierter Demokratien in den vom Arabischen Frühling erfassten Ländern insgesamt ungünstig. Dennoch erscheint es sowohl für die empirisch als auch die normativ orientierte Forschung geraten, die weitere Entwicklung der von politischem Wandel betroffenen Regime auch mit dem Transitionsparadigma zu untersuchen: Im Zeitalter der Globalisierung, die im politischen Bereich mit Demokratisierung eng verknüpft ist, besteht eine hohe Nachfrage nach wissenschaftlichen Analysen, die einen Beitrag zur Klärung der Fragen leisten, ob sich die arabischen Länder auf einem Weg der Demokratisierung befinden und welche die Erfolgsbedingungen hierfür sind. Demokratisierung ist auch als normativer Maßstab insofern angemessen, als er von Akteuren im Arabischen Frühling selbst gesetzt wurde – und zwar sogar von denjenigen, die durch ihr politisches Verhalten gegen normative Grundsätze demokratischen Regierens verstoßen: So wurden beim Putsch des ägyptischen Militärs im Juli 2013 oder auch beim Eingreifen der Arabischen Liga in Syrien durch Qatar und Saudi-Arabien Begründungszusammenhänge konstruiert, die auf universelle Ideen von Demokratie und Menschenrechten rekurrierten. Solcherart angestoßene Forschung mag nicht selten zu dem Ergebnis kommen, dass empirisch keine Demokratisierung stattfindet und zentrale politische Handlungen gegen demokratische Normen verstoßen, doch auch hierbei handelt es sich um relevante Forschungsergebnisse – im Sinne eines Falsifikationismus wären sie sogar besonders wertvoll.

3.5 Erklärungen für die politische Diversifizierung

Eine zentrale Forschungsfrage in Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling besteht darin, die durch ihn hervorgerufene politische Diversifizierung der politischen Systeme zu erklären (Beck u. Hüser 2012). Manche der politischen Systeme, die im Rahmen des Arabischen Frühlings mit Forderungen nach politischem Wandel konfrontiert wurden, durchlaufen einen Transitionsprozess, während andere Regime eine solche Entwicklung – bis auf Weiteres – zu verhindern vermochten. Beste Beispiele hierfür sind Tunesien bzw. Bahrain. In anderen Fällen waren die Regime in der Lage, das Protestniveau einzuhegen oder zu kontrollieren, noch ehe es zu massiven Forderungen nach Regimewandel kam. Ein Beispiel hierfür ist Jordanien. Zur Erklärung dieser Differenzen haben sich drei vielversprechende Stränge herausgebildet: die Militär-, die Monarchismus- und die Rentierstaats-These.

Die Militär-These argumentiert, dass in jenen Fällen des Arabischen Frühlings, in denen das Militär und die Aufrechterhaltung seiner Privilegien direkt vom Herrscher abhängen, die Armee das Regime verteidigte, während dort, wo es keinen direkten politischen Manipulationen ausgesetzt war, dazu bereit war, die Herrscher des Regimes fallen zu lassen (Dorsey 2011; Silverman 2012). Die beiden Extremfälle sind hier Syrien und Tunesien.

Die Militär-These beleuchtet einen wichtigen Aspekt des politischen Institutionengefüges, der nicht nur für die ersten Ergebnisse des Arabischen Frühlings mit entscheidend war, sondern auch für dessen weiteren Verlauf. Gleichwohl hat die These eine begrenzte Reichweite: Sie greift nur dort, wo es bereits zu systembedrohenden Demonstrationen gekommen ist und das Militär sich positionieren muss. Zwar wäre denkbar, die These auf das allgemeine Institutionengefüge der Staaten im Arabischen Frühling auszuweiten – in der Tat frappiert die Beobachtung, dass viele der vom Arabischen Frühling betroffenen Staaten nicht über die institutionellen Kapazitäten verfügten, die Proteste in systemkonforme Bahnen zu lenken. Sofern allerdings keine Kombination mit anderen unabhängigen Variablen erfolgt, droht die Militär-These im Falle einer solchen Erweiterung zum Allgemeinplatz „Institutions do matter“ zu verkommen.

Ausgangspunkt der Monarchismus-These ist die empirische Beobachtung, dass keine der noch existierenden arabischen Monarchien als Resultat des Arabischen Frühlings in einen Transitionsprozess eingetreten ist. In der Tat liegt eine Stärke dieser These darin, dass sie kaum mit abweichenden Fällen zu kämpfen hat. Geht es darum, nur die (vorläufigen) Ergebnisse des Arabischen Frühlings zu erklären, gibt es nicht eine Ausnahme. Allerdings ist von einem anspruchsvolleren Verständnis der These zu erwarten, dass diese auch einen Beitrag zur Erklärung der Fälle Bahrain, Jordanien und Marokko beizusteuern in der Lage ist, weil es in diesen Systemen immerhin zu signifikanten Protesten kam.

Wie bereits bei der Militär-These ist das grundlegende Argument des Monarchie-Ansatzes dem Institutionalismus verpflichtet und lautet, dass die arabischen Monarchen – im Unterschied zu den Präsidenten der Republiken – aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Stellung im System eine Autorität und Legitimität genießen, die die politischen Systeme dieser Länder bei großen Teilen der Gesellschaft vor systemwidrigen Übergriffen schützt (Lynch 2012). Die Fälle Jordanien und Marokko können dann mit dem Argument, dass dort das Level einer Systemgefährdung nicht erreicht bzw. durch bloße kosmetische Reformen habe bearbeitet werden können, diskutiert werden. Im Falle Bahrains lässt sich auf die religiöse Dimension der „sunnitischen“ Monarchie verweisen, deren autokratische Legitimität in der Tat überwiegend von Schiiten, die allerdings auch zwei Drittel der bahrainischen Staatsbürger_innen bilden, infrage gestellt wurde.

Das grundlegende Problem der Monarchie-These liegt nicht in abweichenden Fällen, sondern in der begrenzten Plausibilität seines Arguments, das Angriffen aus ganz unterschiedlichen Richtungen nur schwer standhält. Historisch haben sich im arabischen Raum Monarchien gegenüber Republiken durchaus nicht als krisenresistenter erwiesen, vielmehr sind viele von ihnen in den 1950er- und 1960er-Jahren gestürzt worden (Bank et al. 2013). Weltweit erscheinen Monarchien, bei denen die politische Macht beim Königshaus liegt, eher als eine vom

Aussterben bedrohte Spezies, was sich aus modernisierungstheoretischer Sicht insbesondere damit erklärt, dass Republiken moderne Institutionen aufbauen, die als Mittel zur Krisenbekämpfung traditionellen Loyalitäten überlegen sind. Somit drängt sich der Verdacht auf, dass die Monarchie-These dem Drittvariablenproblem aufliegt, das heißt eine bloße Korrelation identifiziert, die durch einen von ihr übersehenen Faktor erklärt wird.

Die Rentierstaats-These präsentiert eine solche Drittvariable: Jene arabischen Staaten, die zum Zeitpunkt des Beginns des Arabischen Frühlings über ein hohes Renteneinkommen verfügten, hatten sehr viel bessere Voraussetzungen, das Protestniveau unterhalb der Schwelle der Forderung nach Regimewandel zu halten oder, falls es dieses doch erreichen sollte, mit Hilfe teurer Repressionsapparate effektiv einzudämmen. Dies – und nicht der Umstand, dass es sich um Monarchien handelte –, erklärt, weshalb keine der Golfmonarchien fiel (Beck u. Hüser 2012; Yom u. Gause 2012).

Mit Ausnahme vor allem Libyens und Bahraïns erzielten alle Staaten, die im Arabischen Frühling keinem systemgefährdenden Widerstand ausgesetzt waren, hohe Örenten. Die Regime Jordaniens und Marokkos, die zwar nur über geringe ökonomische, dafür aber hohe politische Renten verfügten, konnten zwar (im Gegensatz zu den meisten Golfmonarchien) nicht verhindern, dass es zu Protesten kam, diese fielen aber weitaus moderater aus als etwa in Ägypten und Tunesien und konnten vom Regime eingehegt werden, ohne über kosmetische Reformen hinausgehende Zugeständnisse machen zu müssen. Die Plausibilität der Rentierstaats-These ist damit vergleichsweise hoch und außerdem theoretisch gut verankert (Ross 2003).

Gleichwohl gibt es auch hier offene Forschungsfragen, die noch einer eingehenderen Klärung bedürfen. So deuten Berechnungen über westliche Entwicklungshilfe, die einen wichtigen Bestandteil politischer Renten ausmacht, für die beiden dem Arabischen Frühling vorangehenden Jahre auf einen Rückgang politischer Renten in Ägypten (im Unterschied zu Jordanien und Marokko), nicht aber in Tunesien hin (AidFlows 2013). Die Rentierstaats-These sucht also noch nach einer Erklärung dafür, dass der politische Wandel in Tunesien jenem in Ägypten voranging. Der Fall Bahrain stellt für den Rentierstaats-Ansatz deshalb eine Herausforderung dar, weil es zu einem signifikanten Aufstand kam, obwohl das Staatsbudget sich überwiegend aus Ölexporten speist. Allerdings sind die bahrainischen Ölreserven so weitgehend ausgebeutet, dass die Produktion im 21. Jahrhundert signifikant gesunken ist (Abdullayev 2012, S. 31-32). Schließlich ist der Fall Libyens von besonderem Interesse: Zwar spricht vieles dafür, dass Gaddafi sich ohne Intervention des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) an der Macht hätte halten können, ein genuin rententheoretisch fundiertes Argument, dass es in Libyen überhaupt zu einer massiven Erhebung kam, existiert aber nicht (Beck u. Hüser 2012: 14-15).²

2 Nicht als Herausforderung der Rentierstaats-These anzusehen ist der Umstand, dass nicht alle Regime, bei denen die Staaten nur sehr geringe Renten bezogen, im Zuge des Arabischen Frühlings tiefgreifenden politischen Wandel durchliefen. Es ist nämlich nicht Bestandteil der Rentierstaats-These, dass hohe Rentenflüsse der einzige Faktor sind, der zu Autoritarismus führt.

Als vielversprechender theoretischer Rahmen für eine befriedigende Erklärung des Arabischen Frühlings sowie der durch ihn verursachten politischen Diversifizierung erscheint eine um Einsichten des Institutionalismus erweiterte Rentierstaats-These (siehe hierzu auch Kamrava 2010). Rentierstaaten steht angesichts der prinzipiell freien Verfügbarkeit der Rente eine breite Palette von Optionen zur Gestaltung des politischen Institutionengefüges zur Verfügung. Allerdings werden die politischen Eliten zum einen darauf bedacht sein, die autonomen Spielräume politischer Institutionen eng zu begrenzen, denn von ihnen geht auch eine Gefahr für ihre Herrschaft aus. Zum anderen müssen sie darauf bedacht sein, ein Mindestmaß an politischer Kompetenz aufzubauen, um es im Krisenfall abrufen zu können. Hierbei können die herrschenden Eliten aber auch Fehleinschätzungen unterliegen. Dieser Aspekt nicht-intendierter Folgen intentionalen Handelns wurde vom Rentierstaats-Ansatz vor dem Arabischen Frühling unterschätzt.

Wie im Fall des Schah-Regimes in Iran kann eine nachgerade perfekte Beschneidung der Autonomie aller staatlichen Institutionen dazu führen, dass der Staat im Krisenfall nichts aufzubieten hat und sang- und klanglos kollabiert (Najmabadi 1987). Im tunesischen Fall hatte das Regime die für die Aufrechterhaltung der Herrschaft massiv notwendige Repression nicht dem Militär, sondern Polizei- und speziellen Sicherheitsdiensten überantwortet. Die damit verbundene Professionalisierung und Depolitisierung des Militärs erschien lange funktional. Als es allerdings zu Massendemonstrationen kam, verfügte das tunesische im Gegensatz zum syrischen Regime nicht über eine auf Gedeih und Verderb ans Regime gekoppelte Armee, die bereit war, auf jedwede Art soviele Demonstrant_innen zu töten, wie ihr befohlen wurde.

Eine weitere zentrale institutionalistische Ergänzung der Rentierstaats-These besteht darin, dass Rentierstaaten aufgrund der freien Verfügbarkeit der Rente auch die Strategie ergreifen können, alle bestehenden (zivilen) Institutionen zu vernichten, ohne neue aufzubauen, und sich für die Herrschaftssicherung primär auf Verteilungspolitik zu verlassen. Libyen unter Gaddafi war solch ein Fall, dessen Regime, mit massiven Protesten und Demonstrationen konfrontiert, über keine zivilen Institutionen verfügte, am effektiven Einsatz seines Repressionsapparates aber durch die externe Intervention der NATO gehindert wurde. Libyen erscheint hier als Extremfall einer arabischen Republik, weist aber darauf hin, dass der historisch durch „Revolutionen von oben“ (Trimberger 1978) an die Macht gekommene republikanische Rentierstaat im Nahen Osten dazu neigt, bestehende Institutionen zu beschneiden und bei neugeschaffenen keine Autonomie entstehen zu lassen. Hier wird auch deutlich, dass die Monarchie-These einen produktiven Kern enthält: Die Monarchien hatten ungeachtet eines hohen Rentenflusses keine Chance, „traditionelle“ Institutionen zu zerstören, vielmehr mussten sie gewachsene Institutionen in ihr Herrschaftssystem integrieren. Dies barg zwar die Gefahr, von ihnen bedroht zu werden, ermöglichte aber auch ihre Nutzung zur Krisenbewältigung.

3.6 Bedingungen für den weiteren Verlauf des Arabischen Frühlings

Zunächst stellt sich die Frage, wie wahrscheinlich eine Ausbreitung des Arabischen Frühlings im Sinne der Initiierung politischen Wandels in jenen Ländern ist, die den (ersten) Sturm als weiterhin konsolidierte Autokratien überlebt haben. Da die wichtigste strukturelle Ursache hierfür – ein hoher Rentenfluss – in den ölreichen Golfländern weiterhin gegeben ist, erscheint eine solche Entwicklung nur dann wahrscheinlich, wenn die vom Arabischen Frühling erfassten Systeme eine in der Region als positiv wahrgenommene politische Entwicklung durchlaufen und solcherart ein Demonstrationseffekt auf die autoritären Systeme ausgehen könnte. Dies ist aber bisher nicht der Fall: Keines der Transitionsländer hat einen ökonomischen Aufschwung genommen, im Gegenteil: Die Investitionen sind rückläufig, und die Arbeitslosigkeit stieg u. a. infolge der Krise der Tourismusbranche weiter. Das politische Klima in Ägypten und Tunesien ist von einem unproduktiven Kampf um Macht und die Hoheit über die politische Kultur geprägt; in Ägypten hat dies (zumindest temporär) zu einer Re-Autoritarisierung des Systems im Juli 2013 geführt. Von einer Situation wie in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren, als Ägypten – damals geprägt vom Pan-Arabismus – nicht zuletzt durch hohe Potenziale im Bereich „soft power“ stark auf die Politik in der Gesamtregion ausstrahlte (Nahas 1985), kann zweieinhalb Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings nicht die Rede sein.

Komplexer ist die Lage in jenen arabischen Autokratien, in denen die Renten niedriger sind als in der Golfregion, was insbesondere auf Jordanien und Marokko zutrifft. Dementsprechend kam es hier auch nach der heißen Anfangsphase des Arabischen Frühlings zu Demonstrationen, die teilweise eine höhere Teilnehmerschaft als zuvor aufbieten konnten und bei denen auch radikalere Forderungen zu hören waren. Gleichwohl gibt es auch in den beiden Monarchien jenseits des Golfs keine akuten Anzeichen für Regimewandel. Die Golfstaaten haben bereits im Mai 2011 durch die Offerte der Mitgliedschaft im Golfkooperationsrat deutlich signalisiert, dass sie ein massives Interesse daran haben, einen Regimewandel in ihren „Schwestermonarchien“ zu verhindern, und auch bereit sind, hierfür politische Renten zu zahlen. Somit könnten das gegenüber dem Golf existente rentenpolitische Manko Jordaniens und Marokkos partiell kompensiert und damit die monarchischen Autokratien weiter gestärkt werden.

Die etablierte Transitionsforschung bietet nur bedingt Einsichten, aus denen sich spezifische Prognosen über die weitere Entwicklung des Arabischen Frühlings ableiten ließen. Transitionsprozesse unterliegen dem Einfluss derart vieler – auch regionalspezifischer – Variablen, dass Lehren von einer Region auf die andere nur auf sehr hohem Abstraktionsniveau gezogen werden können. In den frühen 1990er-Jahren haben prominente Vertreter_innen der Transitionsforschung prognostiziert, dass die in Osteuropa notwendige simultane Transformation der politischen und ökonomischen Systeme eine Überforderung darstelle und die Herausbildung konsolidierter demokratischer Systeme deshalb unwahrscheinlich sei (Merkel 2008). Mit dem transitionstheoretischen Wissen der späten 1980er-Jahre wären Mittel- und Osteuropa aufgrund seiner totalitären Vergangenheit schlechtere Chancen für eine erfolgreiche Transition eingeräumt worden als der arabischen Welt. Aus dem empirischen

rischen Wissen über die reale Entwicklung in Mittel- und Osteuropa lässt sich zwar ad hoc, aber nicht systematisch die Relevanz der Variable „externe Anreize“ ableiten und prognostizieren, dass die Transition der arabischen Welt sehr viel schwieriger sein wird, weil die Europäische Union den arabischen Akteuren keine Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht stellt. Stepan und Linz (2013) haben aus dem Arabischen Frühling eine weitere Konsequenz gezogen, nämlich das Paradigma substanziell um den Aspekt der Rolle von Demokratie und Religion zu ergänzen, was dem Eingeständnis gleichkommt, dass die Transitionsbedingungen in der arabischen Welt andere sind als in anderen Weltregionen.

Im Folgenden seien drei mögliche Szenarien vorgestellt und hinsichtlich der Bedingungen ihres Eintretens kurz diskutiert: Demokratisierung (im Sinne eines Prozesses, der in die Etablierung konsolidierter Demokratien mündet), Re-Autoritarisierung (im Sinne der Errichtung eines stabilen autoritären Systems) oder Hybridisierung (im Sinne der Errichtung eines autoritär-demokratischen Zwitter). Dabei sollte klar sein, dass sich nicht alle Länder in Richtung desselben Szenarios bewegen müssen. Gleichwohl soll die Skizze der drei Szenarien im Folgenden der Übersichtlichkeit halber möglichst länderübergreifend präsentiert werden.

Bereits nach den ersten freien Wahlen gab es unter Beobachter_innen eine tiefe Spaltung in solche, die eine gute Chance auf eine Demokratisierung erblickten, und andere, die den Nahen Osten bereits im „Arabischen Winter“ sahen. Die zentrale Debatte konzentrierte sich dabei auf die Frage, ob islamistische Gruppierungen durch die demokratischen Prozeduren und Institutionen nolens volens zu demokratischem Verhalten sozialisiert oder ob sie nicht doch an ihrer Ideologie der Errichtung eines islamistischen Staates festhalten würden (Roy 2012, 2013; Fradkin 2013). Der Putsch im Juli 2013 hat offenbart, dass diese Debatte viel zu eng ausgerichtet war, denn sie präsupponierte, dass liberale Nicht-Islamisten stets Demokraten sind und von ihnen deshalb demokratische Prozeduren und Institutionen respektiert würden – beides hat sich am ägyptischen Fall im Juli 2013 als falsch herausgestellt.

Die Bedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung in der arabischen Welt sind vielfältig. In einigen Fällen mangelt es (bisher) an ganz grundsätzlichen Voraussetzungen wie einem Gewaltmonopol des Staates, etwa in Libyen oder im Jemen. Gemäß der hier vorgelegten Analyse besteht indes ein besonders schwerwiegendes Problem darin, die mit dem Bezug hoher Renten verbundenen Probleme zu überwinden. Ein theoretisch mögliches Szenario bestünde darin, dass die (politischen) Renten sanken, was dazu führen könnte, dass die Staaten weniger zu verteilen hätten, ihre Bürger_innen dann stärker besteuern müssten und darüber demokratisiert würden. Gegen die Realisierung eines solchen Szenarios spricht allerdings, dass die Bürger_innen arabischer Staaten aufgrund der langen Tradition von Rentierstaatlichkeit hohe Erwartungen an die Verteilungsfähigkeit des Staates haben – wenn dieser wie während der Präsidentschaft Mursis die Erwartungen nicht erfüllt, verliert er an Legitimität. Gleichzeitig ist nicht absehbar, wie niedrigere Rentenzuflüsse sozio-ökonomisch kompensiert werden könnten: Die Potenziale des bereits lange vor dem Arabischen Frühling in Ägypten und Tunesien (wenn auch insbesondere in Kairo halbherzig) eingeschlagenen Weges einer ökonomischen Liberalisierung, der auch von Mursi nicht prinzipiell in Frage ge-

stellt wurde, sind begrenzt, weil die Produktion in der arabischen Welt (abgesehen von der rentengenerierenden Erdölproduktion) kaum Kostenvorteile besitzt. Aufgrund des über Jahrzehnte hohen Rentenflusses zeichnet sich die arabische Welt trotz wachsender Armut durch gemessen am Produktivitätsniveau hohe Arbeitskosten aus (Richards u. Waterbury 2008, Kap. 7-10).

Wie das Beispiel Norwegen zeigt, können Renten durchaus in einer mit demokratischen Strukturen und Werten kompatiblen Weise verwendet werden. Auch gibt es in der Geschichte zumindest ein Beispiel für eine erfolgreiche demokratische Transition eines Erdöl-Rentierstaates: Venezuela in den 1950er-Jahren. Da Erdölrente und politische Rente an den Staat fließen, muss dieser aber entweder von überzeugten Demokrat_innen geführt oder durch starke demokratische Institutionen oder zumindest durch ausgeprägte Konkurrenz durchsetzungsfähiger politischer Gruppen in seiner Autonomie eingeschränkt werden. Die ersten beiden Bedingungen sind in Transitionsphasen, die sich durch hohe Partizipationsmöglichkeiten auch nicht-demokratischer Gruppen und geringer institutioneller Kontrolle auszeichnen, gerade nicht gegeben. Die dritte Bedingung kann in Transitionsprozessen zwar erfüllt sein (wie es in Venezuela in den 1950er-Jahren der Fall war), häufig ist das aber nicht der Fall: In Ägypten deutet im Sommer 2013 vieles darauf hin, dass sich die Muslimbruderschaft gegen die gewaltsame Marginalisierung durch Militär und Sicherheitskräfte zumindest kurzfristig nicht erfolgreich zur Wehr zu setzen vermag.

Eine Re-Autoritarisierung der Herrschaft ist durchaus nicht auszuschließen, und der Militärcoup vom Juli 2013 hat dieses Szenario wahrscheinlicher gemacht. Allerdings sind auch die Hindernisse auf dem Weg zur Etablierung eines konsolidierten autoritären Systems nicht zu unterschätzen. Die vom Arabischen Frühling betroffenen Systeme sind seit 2010/11 hochgradig partizipativ, und es ist nicht anzunehmen, dass die Ambitionen zu politischer Mitwirkung so dramatisch einbrechen, dass einem wie auch immer gearteten neuen autoritären System die Legitimationssicherung leicht feile.

Den Demokratisierungsskeptiker_innen ist also insofern recht zu geben, als eine – womöglich auch noch rasche – Entwicklung in Richtung konsolidierter Demokratien unwahrscheinlich ist. Denselben Skeptiker_innen kann aber vorgehalten werden, dass auch die Etablierung stabiler autoritärer Systeme mit eher geringer Wahrscheinlichkeit baldige politische Realität im arabischen Nahen Osten sein wird. Möglicherweise sehen wir einem langen Prozess entgegen, währenddessen unklar ist, welche definitive Richtung die politische Entwicklung nimmt. Was sich kurz- bis mittelfristig als eine Re-Autoritarisierung der Herrschaft ausnimmt, könnte sich langfristig lediglich als Rückschlag auf dem Weg der Demokratisierung erweisen. Umgekehrt bedeutet die einmalige Abhaltung erfolgreicher Wahlen und die Entwicklung pluralistischer Systeme (wie in Tunesien) nicht, dass ein unumkehrbarer Kurs der Demokratisierung eingeleitet worden wäre. Last but not least ist zu beachten, dass der durch den Arabischen Frühling eingeläutete Prozess politischen Wandels in der arabischen Welt länderspezifisch differieren kann.

Diese Uneindeutigkeit bringt ein drittes Szenario ins Spiel: Es könnten Regime entstehen, deren langfristig vorhandene Merkmale demokratische und autoritäre Elemente so mixen, dass eine klare Zuordnung nicht möglich ist, d. h. hybride

(oder „ambigue“) Regime entstehen. Historisches Vorbild in der Region des Nahen Ostens hierfür ist die Türkei nach der Abwahl des Kemalismus bei den Wahlen 1950 in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Diamond 2002, S. 30-31).

4. Resümee

Im vorliegenden Aufsatz ist versucht worden, ein Versäumnis der Politikwissenschaft, den Arabischen Frühling nicht prognostiziert zu haben, produktiv zu wenden. Die Frage, was genau überraschend am Arabischen Frühling ist, liefert einen Schlüssel zur Bearbeitung der drängendsten Forschungsfragen. Durch den Arabischen Frühling ist – in Teilen der Arabischen Welt – ein fundamentaler politischer Wandel eingeläutet worden, der Ausstrahlkraft auf den Nahen Osten insgesamt hat. Dessen genaue Ausgestaltung ist durch Renteneinkommen und das Institutionengefüge in den einzelnen Ländern beeinflusst worden: Staaten mit hohem Rentenfluss haben sich gegen die Forderung nach politischem Wandel als sehr viel resistenter erwiesen als jene mit geringeren externen Ressourcenflüssen. Allerdings kam es auch in Systemen mit hohen Renteneinnahmen zumindest zu signifikanten Protesten (im libyschen Fall – freilich aufgrund externer Einflussnahme – sogar zu einem Regimewandel). Die Rentierstaats-These bedarf einer Einbettung in das Konzept des Institutionalismus, um insgesamt überzeugende Antworten vorlegen zu können.

Literatur

- Abdullayev, Anar. 2012. *Arab Spring and the Resilience of Arab Monarchies. The Case of Bahrain*. Budapest: Central European University. http://www.etd.ceu.hu/2012/abdullayev_anar.pdf. Zugegriffen: 31.07.2013.
- AidFlows. 2013. *Aidflows*. www.aidflows.org. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Anderson, Lisa. 2011. Demystifying the Arab Spring. Parsing the Differences between Tunisia, Egypt, and Libya. *Foreign Affairs* 90: 2-7.
- Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik. 2013. Long-Term Monarchical Survival in the Middle East. A Configurational Comparison 1945-2012. *GIGA Working Paper 215*. Hamburg: GIGA.
- Beck, Martin, und Simone Hüser. 2012. Political Change in the Middle East. An Attempt to Analyze the “Arab Spring”. *GIGA Working Paper 203*. Hamburg: GIGA.
- Beinin, Joel. 2013. *Workers, Trade Unions and Egypt's Political Future*. <http://www.merip.org/mero/mero011813>. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Carothers, Thomas. 2002. The End of the Transition Paradigm. *Journal of Democracy* 13: 5-21.
- Desai, Raj M., Anders Olofsgård und Tarik Yousef. 2011. *Is the Arab Authoritarian Bargain Collapsing?* <http://www.brookings.edu/research/opinions/2011/02/09-arab-economies-desai-yousef>. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Diamond, Larry. 2002. Thinking about Hybrid Regimes. *Journal of Democracy* 13: 21-35.
- Dorsey, James M. 2011. Role of Arab Militaries in Popular Uprisings. <http://dr.ntu.edu.sg/bitstream/handle/10220/7915/RSIS1112011.pdf?sequence=1>. Zugegriffen: 31.07.2013.

- Fradkin, Hillel. 2013. Arab Democracy or Islamist Revolution? *Journal of Democracy* 24: 5-13.
- Gause, F. Gregory III. 2011. Why Middle East Studies Missed the Arab Spring. The Myth of Authoritarian Stability. *Foreign Affairs* 90: 81-90.
- Goldstone, Jack A. 2011. Understanding the Revolutions of 2011. Weakness and Resilience in Middle Eastern Autocracies. *Foreign Affairs* 90: 8-16.
- Heydemann, Steven. 2007. Upgrading Authoritarianism in the Arab World. *Saban Center Analysis Paper 13*. Washington, D.C.: Brookings.
- Hubbard, Ben, und David D. Kirkpatrick. 2013. Sudden Improvements in Egypt Suggest a Campaign to Undermine Morsi. *New York Times* 10.07.
http://www.nytimes.com/2013/07/11/world/middleeast/improvements-in-egypt-suggest-a-campaign-that-undermined-morsi.html?pagewanted=all&_r=0. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Kamrava, Mehran. 2010. Preserving Non-Democracies. Leaders and State Institutions in the Middle East. *Middle Eastern Studies* 46: 251-270.
- Lacher, Wolfram. 2013. Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya. *SWP Research Paper 4*. Berlin: SWP.
- Lynch, Marc. 2012. *The Arab Monarchy Debate*. http://pomeps.org/wp-content/uploads/2012/12/POMEPS_BriefBooklet16_Monarchies_web.pdf. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Merkel, Wolfgang. 2008. Plausible Theory, Unexpected Results. The Rapid Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe. *International Politics and Society* 2: 11-29.
- Mueller, Julie L. 2010. Drinking the Kool-Aid. The IMF and Global Hegemony. *Middle East Critique* 19: 93-114.
- Nahas, Maridi. 1985. State-Systems and Revolutionary Change. Nasser, Khomeini, and the Middle East. *International Journal of Middle East Studies* 17: 507-527.
- Najmabadi, Afsaneh. 1987. Depoliticisation of a Rentier State. The Case of Pahlavi Iran. In *The Rentier State*, Hrsg. Hazem Beblawi und Giacomo Luciani, 211-227. London: Croom Helm.
- Pfeifer, Karen. 1999. How Tunisia, Morocco, Jordan and even Egypt became IMF "Success Stories" in the 1990s. *MERIP* 210: 23-27.
- Rafizadeh, Majid. 2011. *Why Egypt and Tunisia, but not Syria?* http://www.huffingtonpost.com/majid-rafizadeh/why-egypt-and-tunisia-but_b_963466.html. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Reardon, Sara. 2012. *Was the Arab Spring Really a Facebook Revolution?* <http://www.newscientist.com/article/mg21428596.400-was-the-arab-spring-really-a-facebook-revolution.html>. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Richards, Alan, und John Waterbury. 2008. *A Political Economy of the Middle East*. 3. Auflage. Boulder: Westview.
- Ross, Michael L. 2003. Does Oil Hinder Democracy? *World Politics* 52: 325-361.
- Roy, Olivier. 2012. The Transformation of the Arab World. *Journal of Democracy* 23: 5-18.
- Roy, Olivier. 2013. There will be no Islamist Revolution. *Journal of Democracy* 24: 14-19.
- Sadek, George. 2013. *The Role of Islamic Law in Tunisia's Constitution and Legislation Post-Arab Spring*. <http://www.loc.gov/law/help/tunisia.php>. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Sharp, Jeremy M. 2013. *Egypt. Background and U.S. Relations*. <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RL33003.pdf>. Zugegriffen: 31.07.2013.

- Silverman, Daniel. 2012. *The Arab Military in the Arab Spring. Agent of Continuity or Change? A Comparative Analysis of Tunisia, Egypt, Syria, and Libya*. Beitrag präsentiert auf dem 2012 Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA), New Orleans, 30.08.-02.09.2012. <http://politicalscience.osu.edu/intranet/cprw/Silverman%20CPRW%202012.pdf>. Zugegriffen: 31.07.2013.
- Skocpol, Theda. 1979. *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stepan, Alfred, und Juan J. Linz. 2013. Democratization Theory and the “Arab Spring”. *Journal of Democracy* 24: 15-29.
- Tessler, Mark A., und Eleanor Gao. 2005. Gauging Arab Support for Democracy. *Journal of Democracy* 16: 83-97.
- Trimberger, Ellen Kay. 1978. *Revolution from Above. Military Bureaucrats and Development in Japan, Turkey, Egypt, and Peru*. New Brunswick: Transaction Books.
- Valbjørn, Morten, und André Bank. 2010. Examining the ‘Post’ in Post-Democratization. The Future of Middle Eastern Political Rule through Lenses of the Past. *Middle East Critique* 19: 183-200.
- Yom, Sean L., und Gregory Gause III. 2012. Resilient Royals. How Arab Monarchies Hang on. *Journal of Democracy* 23: 74-88.

Autorenangaben:

Prof. Dr. Martin Beck,
University of Southern Denmark, Campusvej 55, DK-5000 Odense M,
mbeck@sdu.dk